

Uster, 10. Februar 2016

i

Bericht zur Gemeinderatssitzung vom 8. Februar 2016

Eine Separatsammlung von Kunststoffen rückt in Griffweite, die Kompromisslösung für eine Parkierungsverordnung findet eine deutliche Mehrheit und der Stadtrat soll die Zukunft des Stadthofsaals klären.

In die geschichtsträchtige Untere Farb soll nach dem Willen des Stadtrates das Archiv der Stadtverwaltung eingebaut werden – keine Lösung in unserem Sinn, weshalb unsere Fraktion hier das Referendum ergreifen will.

Gleich vier Gemeinderäte fehlten an der Sitzung vom vergangenen Montag. Da dies zwei SP, ein FDP und ein BPU Gemeinderat waren, kann davon ausgegangen werden, dass diese Abwesenheiten kaum Einfluss auf die Ratsentscheide hatten. Hat hier die Grippe zugeschlagen, oder nehmen die neuen ihr Amt noch nicht ganz ernst?

Deutliches Signal an den Stadtrat, Kunststoffe separat zu sammeln

Was in Deutschland mit dem gelben Sack resp. der gelben Tonne schon seit Jahren möglich ist, könnte auch bald in Uster Einzug halten. Denn trotz PET-Recycling und der teilweisen Rücknahmen der Grossverteiler von weitem Kunststoff-Flaschen landet noch immer viel Kunststoff in der KEZO und wird dort verbrannt – ein ökologischer Blödsinn. Es ist durchaus möglich, diverse Kunststoffe wieder zu verwerten. Mit den neuen überzeugenden Sortiermöglichkeiten wird sich auch das Sammeln von gemischten Kunststoffen aus Haushalten zu lohnen beginnen. Der Gemeinderat hat das Postulat unserer Mittelfraktion, dass die Stadt die Einrichtung einer separaten Kunststoffsammlung prüfen muss, einstimmig mit 31:0 Stimmen überwiesen.

Auftrag zur Klärung der Zukunft des Stadthofsaals

Mit 17:13 Stimmungen wurde der Stadtrat beauftragt, die zukünftige Nutzung des Stadthofsaals zu klären. Wenn wir bedenken, dass auch heute die Nutzungsideen für die Villa am Aabach noch fehlen, und in der unteren Farb mangels kreativer Ideen des Stadtrates einfach das Archiv der städtischen Akten eingebaut werden soll, kann nicht früh genug verlangt werden, sich über die Nutzungsmöglichkeiten einer städtischen Liegenschaft Klarheit zu verschaffen. Unsere Fraktion hat deshalb das Postulat mitunterstützt. Auch wenn zuerst andere Investitionen anstehen und wir vorerst kein Geld haben werden, um etwas auf diesem Areal zu realisieren, soll doch die Nutzung geklärt werden. Was für uns auch klar ist: Das Areal darf auf keinen Fall verkauft werden.

Kein Auftrag für gemeinsamen Versicherungseinkauf mit anderen Gemeinden

Unsere Fraktion erhoffte sich, dass solch ein Vorgehen nicht unerhebliche Einsparungen bringen könnte und hat das Postulat der FDP mitunterstützt. Eigentlich müssten solche Ideen aus der Leistungsüberprüfung resultieren und sogar von der Verwaltung selbst vorgeschlagen werden. Die Mehrheit des Rates vertraut dem Stadtrat und der Verwaltung blind und hat deshalb den Vorstoss mit 13:12 Stimmen abgelehnt.

Untere Farb soll Verwaltungsarchiv beherbergen – Mittelfraktion wehrt sich vergebens

Mit dem öffentlichen Gestaltungsplan für das Areal der unteren Farb wird die Voraussetzung für die öffentliche Nutzung geschaffen. Dies ist aus unserer Sicht richtig, denn die Untere Farb soll saniert und einer öffentlichen Nutzung zugeführt werden. Die Untere Farb ist ein Herzstück unserer Stadt und wurde vom Stadtrat zurecht unter Schutz gestellt. Im öffentlichen Gestaltungsplan für das Areal der unteren Farb ist aber explizit der Einbau eines Archivs in der Scheune vorgegeben. Unsere Fraktion ist der Ansicht, dass das Areal Besseres verdient hat – eine öffentliche Nutzung, die einer breiteren Bevölkerungsschicht dient und etwas mehr Leben auf das Areal bringt, als den zwei/drei Besuchern pro Tag, die Einsicht in die alten Verwaltungsakten nehmen wollen. Mit unserem Antrag, die Gestaltungsplanvorschriften dahingehend zu lockern, dass das Wort Archiv wegfällt und stattdessen nur „öffentliche Nutzung“ erwähnt wird, wollten wir Hand bieten, einen Gestaltungsplan für das Gebiet festzulegen, der einen Gestaltungsspielraum zulässt. Unser Änderungsantrag wurde mit 20:10 abgelehnt, der unveränderte Gestaltungsplan dann mit 21:7 festgesetzt. Unsere Fraktion wird ein Referendumskomitee gründen und ein Volksreferendum lancieren. Wir sind der Ansicht, dass die Akten der Verwaltung, an einem anderen Ort aufbewahrt werden können, bis die Aufbewahrungspflicht abgelaufen ist und sie endgültig dem Altpapier zugeführt werden können. Die Untere Farb hat eine attraktivere Nutzung verdient.

Verordnung über das gebührenpflichtige Parkieren auf Zielgerade

Nach vielen verschiedenen Anläufen legt uns der Stadtrat eine Verordnung mit einer Kompromisslösung vor, mit der die Mehrheit des Gemeinderates leben kann. Die vorliegende Verordnung ist aus einem langen Findungsprozess zwischen den Fraktionen hervorgegangen. Jede Fraktion musste dabei in gewissen Bereichen von Ihren ursprünglichen Standpunkten Abstand nehmen. Wir haben uns von flächendeckend verabschiedet und akzeptieren 30 Minuten Gratisparkzeit. Im Gegenzug werden endlich alle öffentlichen Parkplatzanlagen bewirtschaftet – insbesondere auch diejenigen bei den Sportanlagen. Die Verordnung wurde mit 29:2 Stimmen gutgeheissen.